

Bern, 24. Juli 2017

Vernehmlassung: Änderung des AHVG (Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Änderung des AHVG (Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge) Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungs-äusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Was die AHV stärkt, ist sinnvoll. Was sie schwächt, ist abzulehnen. Typisch für die AHV ist die dezentrale Umsetzung vor Ort – in allen Kantonen und nahe bei der Wirtschaft und ihren Verbänden. Das Vollzugsmodell hat sich bestens bewährt. Die CVP zweifelt auch nicht daran, dass die anstehende Reform der Altersvorsorge (AV2020) sauber und bürgernah umgesetzt wird. So ist es auch richtig, dass die Vorlage eben nicht Modernisierung der Durchführung heisst, sondern "Modernisierung der Aufsicht". Und eben darauf muss sich das Projekt auch beschränken.

Endlich eine konsequente Trennung von Durchführung und Aufsicht (Governance)

Verschiedene Berichte der Eidgenössischen Finanzkontrolle über die Aufsicht in der AHV und der IV haben eine verbesserte Governance in der 1. Säule gefordert. Explizit und prioritär die strikte Trennung von Durchführung und Aufsicht. Genau dieser Forderung, die ja auch dem neuen Krankenkassenaufsichtsgesetz oder der Strukturreform in der 2. Säule entsprechen, wird mit der Vorlage überhaupt nicht Rechnung getragen. Die Bundesaufsichtsbehörde soll weiterhin mit Durchführungsaufgaben betraut werden, die nichts mit der Aufsicht zu tun haben. Konkrete Beispiele sind das Regresswesen, das Tarifwesen, die Durchführungsaufgaben bei internationalen Abkommen, die Vollzugsfragen bei der Verbindungsstelle für Familienleistungen usw.: alles Durchführungsaufgaben. Es ist Zeit, diese Aufgaben an die Durchführungsstellen – z.B. an die Zentrale Ausgleichsstelle - zu übertragen.

Zu den einzelnen Elementen :

Informationssystem und Mindeststandards (Art. 49bis AHVG-E)

Die Durchführungsstellen haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sie sämtliche Weichenstellungen des Gesetzgebers pünktlich, fachgerecht und ohne Kostenexplosion umsetzen können. Die CVP erachtet die angestrebte Bundeskompetenz nicht nur als unnötig, sondern als echte Gefahr für das gute Funktionieren der 1. Säule. Die Bundesaufsichtsbehörde und die Bundesverwaltung verfügen offensichtlich nicht über die notwendige IT-Durchführungserfahrung im Massengeschäft der Sozialversicherungen. Wenn Bundesaufsichtsbehörden IT-Standards definieren, kommen zudem sie in eine Produktionsverantwortung, die auch diametral der Aufsichtsaufgabe widerspricht.

Aus Risikoüberlegungen für die Sozialwerke, aus Governanceüberlegungen im Gesamtsystem und aus finanziellen Überlegungen für die Wirtschaft braucht es für das gute Funktionieren der 1. Säule keine Bundeskompetenzen im IT-Bereich. Wir lehnen deshalb die Regelungen zu Informationssystemen und Mindeststandards entschieden ab.

Elektronischer Datenaustausch (Art. 49ter AHVG-E)

Die neue bundesrätliche Kompetenz muss sich ausschliesslich auf den Datenaustausch zwischen den Durchführungsstellen beschränken.

Kantonale Sozialversicherungsanstalt; Rolle der Zweigstellen (Art. 61 und 65 AHVG-E)

Neu wird geregelt, dass die Ausgleichskasse auch im Rahmen einer kantonalen Sozialversicherungsanstalt (SVA) betrieben werden kann. Diese Bestimmung sanktioniert auf Bundesebene, was in den meisten Kantonen schon seit Jahren der Fall ist: Die Idee einer SVA. Den Bürgerinnen und Bürgern steht ein Dach für verschiedene Sozialwerke zur Verfügung. Das ist bürgerfreundlich, kostengünstig und transparent. Ebenfalls stimmen wir der Einführung von kantonalen Aufsichtskommissionen und der Flexibilisierung bei den Zweigstellen in den Gemeinden zu.

Risiko- und Qualitätsmanagement; internes Kontrollsystem (Art. 66 AHVG-E)

Die gesetzliche Verankerung dieser generellen Erfordernisse eines angepassten Risiko- und Qualitätsmanagement in der Sozialversicherung kann unterstützt werden. Die CVP will aber, dass die angestrebten generellen Erfordernisse einer modernen Geschäftsführung nicht nur bei der 1. Säule zur Anwendung kommen sollen. Wir fordern, dass diese Zielsetzung zwingend für alle Sozialversicherungszweige gelten müssen und regen deshalb an, dass sie entsprechend im Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) gesetzlich verankert werden.

Grundsätze der Geschäftsführung (Art. 66 AHVG-E)

Die gesetzliche Verankerung einer 'good governance' kann die CVP unterstützen. Auch hier sind jedoch alle Sozialversicherungsorgane aufgerufen, nicht nur die 1. Säule. Auch hier meinen wir, dass die Norm in den ATSG gehört. Aber Achtung: Die AHV braucht keinen Tsunami an 'Compliance'-Vorschriften, sondern ein Agieren mit Augenmass.

Aufgaben der Aufsichtsbehörde (Art. 72a AHVG-E)

Wir unterstützen die Verankerung des neuen Grundsatzes des Berichtes im Sinn von Art. 76 ATSG. Die heute schon vorhandenen statistischen Angaben und die Finanzkennzahlen reichen aus, um ein Monitoring für die Teilsysteme zu erstellen und dann allfällige Anpassungen auf Stufe Gesetz, Verordnung oder Weisung vorzunehmen. Wir lehnen es aber entschieden ab, dass die Ausgleichskassen über Ziele und Messgrössen gesteuert werden sollen. Das Geschäft der AHV eignet sich – anders als vielleicht die IV – nicht dazu. Ebenso wenig im Bereich der Erwerbsersatzordnung, der Mutterschaftsentschädigung, der Familienzulagen in der Landwirtschaft oder der EL.

Ebenso fordern wir, dass das ganze Verfahren zwischen Aufsichtsbehörden und Durchführungsstellen endlich einem modernen Rechtsschutz untersteht. Weisungen im Einzelfall durch die Aufsichtsbehörde beispielsweise muten als mittelalterlicher Durchgriff an, der die angestrebte Trennung von Durchführung und Aufsicht ad absurdum führt.

Systemrisiken und strategische Steuerung (Art. 76 ATSG-E)

Wir schätzen diesen Vorschlag in Art. 76 ATSG als die wichtigste Verbesserung der ganzen Vorlage ein. Der Bundesrat erstellt neu einen Bericht, der dem Bundesparlament und der Öffentlichkeit wertvolle Hinweise geben wird.

Änderungen des weiteren Rechts

Soweit in den genannten Bundesgesetzen auf den Art. 72a AHVG-E verwiesen wird, lehnen wir dies entschieden ab. Es würde bedeuten, dass für jeden einzelnen erwähnten Sozialversicherungszweig AHV, IV, EL und EO/MSE pro Durchführungsstelle Ziele und Messgrössen definiert und kontrolliert werden müssten. Dies steht in keinem Verhältnis zum noch nicht einmal definierten oder gar quantifizierten erwarteten Nutzen. Abschätzen kann man aber die Ausgaben: Es ist von jährlichen Kosten von rund 20 Millionen Franken auszugehen. Die CVP setzt sich seit Jahren gegen den Ausbau der Bürokratie ein: Genau hier haben wir ein solches Beispiel!

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz

Eidg. Departement des Innern, EDI

Bern, 17. Juli 2017

Per Mail an: pascal.coullery@bsv.admin.ch

VL_Aufsicht_ahv_bvg / CJR

**Änderung des AHVG. (Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der Bundesrat unterbreitet mit dieser Vorlage verschiedene Vorschläge, um die Aufsicht über die wichtigsten Sozialversicherungen zu optimieren und technisch auf den neusten Stand zu bringen. Er schießt dabei weit über das Ziel hinaus. Obwohl sich die Vorlage primär mit der Aufsicht, der Governance und den Informationssystemen der 1. Säule befasst, stellt die Gesetzesänderung bezüglich FZG Art. 11 Abs. 3 einen massiven Eingriff in die Eigenverantwortung und Vertrauenswürdigkeit der Versicherten dar und schadet allen Freizügigkeitseinrichtungen und dem Bankensystem. Zudem generiert sie einen riesigen zusätzlichen administrativen und finanziellen Aufwand für alle Beteiligten und unnötige Risiken für die 2. Säule.

Aus diesen Gründen lehnt FDP.Die Liberalen die Vorlage in dieser Form und in diesem Umfang klar ab. Wie der Bundesrat an sehr vielen Stellen im erläuternden Bericht selbst klarstellt, funktioniert die Aufsicht über die AHV sehr gut und es gab bisher keine gravierenden Mängel. An sich ist es zu begrüssen, dass der Bundesrat handeln will, bevor Probleme einsetzen – und es gibt durchaus Optimierungspotential, doch der Entwurf beschränkt sich nicht auf berechnete Governance-Fragen, sondern greift weit ins operative Tagesgeschäft ein. Gemäss Bericht können die Kostenfolgen dieser Vorlage nicht abgeschätzt werden. Da beim BSV mit zusätzlichen sieben Stellen gerechnet wird, kann davon ausgegangen werden, dass in den Kantonen ebenfalls umfangreiche zusätzliche administrative und personelle Kosten geben wird – d.h. es versickern mehr Gelder in der Administration, anstatt in die Renten zu fliessen. Die Aufsichtsbehörde kann nur gestärkt werden, wenn sie effiziente Instrumente ohne Erhöhung des Aufwandes erhält. Mit dieser Vorlage wird aber vor allem der Aufwand bei allen Beteiligten erhöht und dies ohne erkennbare Effizienzsteigerung!

Informationssysteme und Mindeststandards (Art. 49bis AHVG)

Einheitliches Vorgehen ist wichtig, damit der Bund seine Aufsicht effizient wahrnehmen kann. Das BSV darf dabei aber nicht ins Tagesgeschäft eingreifen. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Regeln muss in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen erfolgen. Die Liste der IT-Debakel beim Bund ist gross und eine zentralisierte Kompetenz in diesem Bereich birgt vor allem auch Gefahren in sich.

Risiko- und Qualitätsmanagement, internes Kontrollsystem (Art. 66)

Die meisten Ausgleichskassen haben bereits freiwillig interne Kontrollsysteme eingeführt. Darauf ist Rücksicht zu nehmen. Ausserdem: Die Auflagen seitens des Bundesrates dürfen nicht zu höheren Verwaltungskosten führen; es kann nicht sein, dass die Auflagen zu massivem Personalausbau in den Kantonen führen.

Abrechnungs- und Zahlungsverkehr; Buchführung und Rechnungslegung (Art. 67)

Der Einführung von einheitlichen Normen wird zugestimmt. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass diese gem. der Logik der AHV in der Schweiz ausgestaltet sind und auch für kleine Ausgleichskassen umsetzbar bleiben (Frage der Umsetzbarkeit komplexer internationale Standards, etc.).

Aufgaben der Aufsichtsbehörde (Art. 72a)

Wir hinterfragen, inwieweit es die Aufgabe der Aufsichtsstelle ist, die Durchführung des Tagesgeschäfts zu garantieren. Sie sollte sich auf die Aufsicht beschränken (Überwachung Vollzug und Durchführung). Wir verlangen hier, dass die Kompetenzen klar geregelt werden. Auch stellen wir die Frage, ob der Vergleich zwischen IV und AHV in der Führung (Ziele/Messgrößen) sinnvoll ist, da beide Sozialversicherungen grundsätzlich sehr unterschiedlich ausgerichtet sind.

Vergütung weiterer Kosten (Art. 95a)

Die Information der Versicherten über die Beiträge und Leistungen der Versicherung obliegt den Durchführungsstellen. Auch hier werden Kompetenzen der Aufsicht und der Durchführung vermischt.

Änderungen im ATSG (Bericht Systemrisiken)

Den vorgeschlagenen Änderungen wird zugestimmt. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob das Kontrollsystem der „technischen Bilanz“, welches 1964 abgeschafft wurde, wieder einzuführen ist. Der technische Aufwand dafür wäre merklich gesunken und ein solcher „Blick nach vorne“ wäre ein hilfreicher Kompass für kommende Reformen.

Art. 53e^{bis} Absatz 2, BVG (Übernahme von Rentnerbeständen)

Es ist verständlich, dass für die Übernahme von Rentnerbeständen eine Regelung gesucht wird. Was vom Bundesrat hier aber vorgeschlagen wird, ist nicht sinnvoll. Die bisherige Regelung, wonach die abgebende Aufsichtsbehörde ihre Zustimmung zum Wechsel geben muss, wird ohne Begründung ins Gegenteil umgewandelt. Dies macht keinen Sinn, kennt doch die übernehmende Aufsicht die Situation des zu übertragenden Rentnerbestandes im Gegensatz zur bisherigen Aufsicht nicht. Die bisherige Regelung ist beizubehalten.

Art. 56 Abs. 1 Bst. i BVG

Die Erhebung der Aufsichtsabgabe durch den Sicherheitsfonds stellt eine völlig artfremde Aufgabe dar. Die Bestimmung wird abgelehnt.

Art. 61 Abs. 3 dritter Satz BVG

Der Bestimmung, wonach Mitglieder von Kantonsregierungen nicht Mitglied der Oberaufsichtskommissionen sein dürfen, wird aus Governance-Gründen ausdrücklich zugestimmt.

Art. 11 Abs. 3 FZG

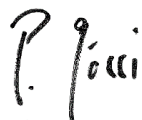
Eine solche zusätzliche Kontrolle mit entsprechenden Mehrkosten zu Lasten der Vorsorgeleistung steht in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Versicherten. Mit dieser Bestimmung müssten beispielsweise die Vorsorgeeinrichtungen zwischen Jobsuchenden, Geschiedenen, WEF-Bezügern, Verpfändern, Angestellten, selbständig Erwerbenden, Ausnahmefällen, etc. unterscheiden, was zu einem nicht mehr zu rechtfertigendem zeitlichen und finanziellen Mehraufwand führt. Die Bestimmung wird daher abgelehnt.

Abschliessend möchten wir festhalten, dass es für die FDP zentral ist, dass der Bund hier die Durchführungsstellen „ins Boot holt“ und den Entwurf in enger Zusammenarbeit mit ihnen grundlegend überarbeitet. Im Sinne einer schlanken aber starken Aufsicht soll sich der Bund auf das wirklich Notwendige konzentrieren.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin



Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Samuel Lanz



Office fédéral des assurances sociales
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Envoi par courriel : pascal.coullery@bsv.admin.ch

Berne, le 13 juillet 2017

Modernisation de la surveillance dans le 1^{er} pilier et optimisation dans le 2^e pilier de la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité
Procédure de consultation

**Parti socialiste
Suisse**

Spitalgasse 34
Case postale · 3001 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant la modernisation de la surveillance dans le 1^{er} pilier et l'optimisation dans le 2^e pilier ainsi que de nous avoir transmis les documents y afférents.

Appréciation générale

Par ce projet, le Conseil fédéral entend moderniser la surveillance du 1^{er} pilier. Il souhaite mettre un terme à la pratique actuelle d'une surveillance réactive et créer les bases légales pour réorienter cette dernière sur les risques et les résultats. Cela s'accompagne d'une modernisation des instruments de surveillance et de pilotage. D'autre part, le Conseil fédéral propose d'améliorer la gouvernance dans le 1^{er} pilier afin de renforcer le capital de confiance envers cette assurance. Le PS est également d'avis qu'il n'y a pas lieu de remodeler fondamentalement le fonctionnement du 1^{er} pilier puisqu'il n'a jamais rencontré de difficultés majeures en matière de surveillance. Cependant, comme le système est resté inchangé depuis la création de l'AVS, il apparaît tout à fait normal que l'on procède à certaines adaptations, notamment en vue de répondre à certains défis actuels et futurs liés à la complexité et à l'informatisation croissantes. Le PS accueille favorablement les nouvelles dispositions de l'avant-projet.

Pour ce qui est des mesures d'optimisation dans le 2^e pilier, le PS apporte son soutien aux propositions du Conseil fédéral. A nos yeux, il sera particulièrement important de renforcer règles relatives au transfert de prestations de libre passage. Selon le rapport du Contrôle fédéral des finances (CDF) sur les institutions de libre passage de la prévoyance professionnelle, les avoirs de libre passage en déshérence sont estimés à 5 milliards de francs. Ce sont des montants qui ont généralement été oubliés par les assuré-e-s, souvent par manque de compréhension et de sensibilisation, à en croire le CDF. Ainsi, faire appel à la res-



responsabilité des assuré-e-s pour solutionner ce problème n'apparaît plus suffisant compte tenu de la complexité du 2^e pilier.

Appréciations des différentes mesures proposées

Modernisation de la surveillance

L'avant-projet envisage le passage d'une surveillance aujourd'hui essentiellement réactive à une surveillance axée sur les risques et les résultats dans le 1^{er} pilier. Pour ce faire, il est prévu d'appliquer un modèle spécifique avec plusieurs boucles de rétroaction par analogie aux pratiques en vigueur dans l'AI. Il s'agirait d'identifier à temps d'éventuels problèmes, de prendre les mesures requises et d'adapter les examens en conséquence. Dans la mesure où cette nouvelle approche permet de mieux prévenir l'avènement de nouveaux défis, de risques ou de problèmes sur les plans opérationnels et stratégiques, le PS considère que cela contribuerait à renforcer la crédibilité et la stabilité du système. Nous y apportons notre soutien.

Amélioration de la gouvernance dans le 1^{er} pilier

Le Conseil fédéral prévoit dans son avant-projet l'inscription des principes de bonne gouvernance dans la législation. Il est question de veiller à l'indépendance, l'intégrité et loyauté des responsables et de garantir l'indépendance des organes d'exécution. En outre, les dispositions visent à moderniser les instruments de l'autorité de surveillance ou à préciser les tâches des organes de révision ainsi qu'à aligner l'exécution des révisions sur les standards actuels. La transparence sera renforcée grâce la modernisation et l'adaptation des principes comptables et de la présentation des comptes aux normes actuelles reconnues. Au surplus, les liens d'intérêt seront rendus publics. Enfin, les caisses de compensation seront tenues de gérer un système de gestion de la qualité et de mettre en place un système de contrôle interne pour la surveillance de leur activité. Le PS souscrit à ces nouvelles dispositions, qui ont pour objectif un renforcement du capital de confiance dont jouissent les assurances du 1^{er} pilier.

En matière de gouvernance, le Conseil fédéral a dans l'idée de créer une base légale afin de définir le cadre minimal régissant les établissements cantonaux d'assurances sociales. Selon le rapport explicatif, la démarche vise, d'une part, à mettre en place des services adaptés et proches des assuré-e-s (sous la forme d'un guichet unique) et, d'autre part, à utiliser les synergies sur les plans du personnel et de l'administration. Pour le PS, il est important que ces institutions revêtissent la forme d'un établissement autonome de droit public. Etant donné que ces établissements jouent un rôle important dans le 1^{er} pilier, il apparaît judicieux de compléter la base légale de manière à ce que les partenaires sociaux soient équitablement représentés au sein de l'organe suprême. Ainsi, les intérêts des employé-e-s et des employeur-euse-s pourront y être défendus de manière adéquate et l'indépendance de ces établissements sera mieux garantie.

Pour ce qui est de l'adaptation des structures organisationnelles, le PS partage l'avis du Conseil fédéral qu'il n'y pas lieu de procéder à une refonte fondamentale du système. Le PS se montre ainsi sceptique à l'égard d'une attribution d'un statut d'autonomie à la Caisse fédérale de compensation. En effet, nous n'y voyons pas l'utilité ni la plus-value d'une telle mesure pour le bon fonctionnement du système.



Pilotage et surveillance des systèmes d'information

Il est incontestable que les outils informatiques apportent une plus-value à la coordination entre les organes d'exécution du 1^{er} pilier. La base légale faisant défaut, le Conseil fédéral désire réglementer et surveiller l'échange électronique de données afin d'en garantir l'efficacité et la sécurité. L'avant-projet octroie à l'OFAS la compétence d'édicter à l'échelle nationale des standards minimaux concernant le développement et l'exploitation de systèmes d'information, leur sécurité et la protection des données. Le PS apporte son soutien sans réserve à ces nouvelles dispositions qui contribuent à un renforcement de la sécurité des données et à une exécution uniforme de la loi ainsi qu'à son respect.

Perception de la taxe de surveillance

Le Conseil fédéral propose de modifier la base légale afin que la taxe perçue auprès des institutions de surveillance servant à financer la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle (CHS PP) ne soit plus prélevée par les autorités cantonales de surveillance mais par le Fonds de Garantie LPP. Le PS comprend la nécessité de simplifier la procédure. Or, le Parlement vient tout juste d'adopter une modification de la disposition y relative avec la mise en œuvre de l'initiative parlementaire [14.444](#). C'est pourquoi le PS estime qu'il n'est pas opportun de procéder à de nouvelles modifications, entre autres pour des raisons de sécurité du droit pour les acteurs concernés.

Indépendance des autorités régionales de surveillance

L'avant-projet apporte également des précisions concernant l'indépendance des autorités de surveillance régionales ou cantonales dans la LPP. Ainsi, le Conseil fédéral veut compléter la base légale pour que les membres des gouvernements cantonaux ou les employé-e-s d'une administration cantonale ne soient plus habilité-e-s à siéger au sein d'une autorité de surveillance. Le PS se rallie à cet amendement. La réforme structurelle, qui fut votée en 2010, visait justement à renforcer la transparence, l'intégrité des acteurs et à garantir l'existence d'une concurrence loyale au sein de la prévoyance professionnelle. Nous demeurons convaincus que prévenir la survenance de conflits d'intérêts demeure l'un des noyaux durs de cette révision. A cet effet, la volonté du législateur consistait à rendre les autorités de surveillance indépendantes vis-à-vis des cantons. Le fait que certaines autorités cantonales soient à la fois responsables du financement de leurs institutions de prévoyance de droit public et de la surveillance de ces dernières peut être remis en question.

Amélioration du contrôle concernant le transfert des prestations de libre passage

De l'avis du PS, la somme des avoirs de vieillesse de libre passage en déshérence est suffisamment conséquente pour considérer une réglementation plus stricte de manière à assurer un transfert de ces prestations. Il apparaît en effet peu admissible que ces avoirs de vieillesse soient « oubliés » au sein des institutions de libre passage quand bien même ils devraient remplir des buts de prévoyance. Certes des progrès ont été accomplis dans le domaine de l'information aux assuré-e-s, mais le PS estime que ces efforts restent insuffisants. De même, le PS se réjouit du fait que, depuis cette année, les institutions de libre passage seront tenues d'annoncer à la Centrale du 2^e pilier les comptes des avoirs de libre passage en déshérence. Cette dernière s'appuie également sur les données livrées par la Centrale de compensation de l'AVS, mais seulement dès le départ à la retraite. Il serait important que ce recoupement s'effectue plus tôt afin de retrouver la trace des assuré-e-s avant.



En outre, le rapport du CDF a mis le doigt sur d'autres lacunes légales qui devraient être comblées en ce qui concerne les institutions de libre passage. Le PS invite instamment le Conseil fédéral à étudier les possibilités permettant de protéger les avoirs en cas de faillite d'une telle institution. Enfin, l'établissement d'une base statistique afin que les données-clés puissent être récoltées de manière coordonnée auprès des institutions de libre passage devrait trouver une place dans la législation. Cela permettrait un pilotage uniforme du système.

Condition pour la reprise d'effectifs de rentières et de rentiers

Nous saluons la volonté du Conseil fédéral d'édicter des dispositions plus strictes sur les caisses de rentières et de rentiers. Il est inadmissible de constater que certaines institutions de prévoyance reprennent des effectifs de rentières et de rentiers à des fins purement commerciales alors qu'il est clair que les promesses et engagements en matière de prestations ne pourront pas être tenus. Les prescriptions envisagées permettront de mieux protéger les assuré-e-s contre ces pratiques abusives. Le PS recommande également l'inscription dans la loi d'une réglementation concernant la création de ce type de caisses.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique



pascal.coullery@bsv.admin.ch

Bern, 13. Juli 2017

Änderung des AHVG (Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der AHV)

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Die Erfahrung zeigt, dass die Durchführung der 1. und 2. Säule gut funktioniert. Änderungen sind daher nur dort vorzunehmen, wo unmittelbarer Handlungsbedarf besteht oder ein überwiesener parlamentarischer Auftrag vorliegt. Ansonsten ist in diesem Bereich mit Revisionen zurückhaltend zu verfahren. Die Vernehmlassungsantwort trägt diesem Grundsatz jedoch in keiner Weise Rechnung und enthält sowohl in Bezug auf die Altersvorsorge als auch die berufliche Vorsorge mehrere Neuerungen, deren Umsetzung enormen administrativen und finanziellen Aufwand erfordern würde, ohne dass dafür eine Dringlichkeit gegeben wäre. Die SVP lehnt die geplanten Neuerungen daher ab.

Änderungen in der beruflichen Vorsorge

In der 2. Säule soll die Verpflichtung eingeführt werden, dass Vorsorgeeinrichtungen bei jedem Neueintritt eines Versicherten direkt bei der Zentralstelle die Informationen zu allfälligen Freizügigkeitsguthaben der Versicherten einholen (Art. 11 Abs. 3 FZG). Es ist nicht bekannt, ob die Zahl jener, die ihre Freizügigkeitsguthaben verschweigen, erheblich ist. Hingegen wäre der durch solche systematischen Abfragen ausgelöste Mehraufwand beträchtlich, wie ja auch der Bundesrat selber zugibt. Art. 11 Abs. 3 FZG ist daher ersatzlos zu streichen.

Änderungen in der AHV

Mehrere Untersuchungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle über die Aufsicht in der AHV und der IV haben eine zeitgemässe Governance in der 1. Säule gefordert – und eben ausdrücklich eine strikte Trennung von Durchführung und Aufsicht. Diesen Forderungen wird die Vernehmlassungsvorlage nicht gerecht. Das BSV als Bundesaufsichtsbehörde soll weiterhin mit reinen Durchführungsaufgaben betraut werden. Konkrete Beispiele sind das Regresswesen, das Tarifwesen, die Durchführungsaufgaben bei internationalen Abkommen, die Vollzugsfragen bei der Verbindungsstelle für Familienleistungen usw. Wir fordern eine Übertragung dieser Aufgaben an die Durchführungsstellen, z.B. an die Zentrale Ausgleichsstelle, die sich mit der Massenverwaltung bestens auskennt.

Unabhängig von der Frage, inwiefern der Vernehmlassungsvorlage die Trennung von Durchführung und Aufsicht gelingt oder eben nicht, weist der prognostizierte Zusatzaufwand von ca. 75 Vollzeitstellen bei den Ausgleichskassen für die Umsetzung der Vorlage darauf hin, dass hier ein Bürokratiemonster herangezüchtet wird.

Diese grundsätzlichen Bedenken vorausgeschickt, nehmen wir zu den Detailfragen wie folgt Stellung:

Informationssystem und Mindeststandards (Art. 49^{bis} AHVG-E)

Die Durchführungsstellen haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass sie sämtliche Weichenstellungen des Gesetzgebers fachgerecht, zeitgerecht und ohne Kostenexplosion umsetzen können. Für die SVP ist die angestrebte Bundeskompetenz bei der IT eine echte Gefahr für das tadellose Funktionieren der AHV und die niedrigen Verwaltungskosten. Das BSV verfügt ganz offensichtlich nicht über die hier zwingend notwendige IT-Durchführungserfahrung im Massengeschäft der Sozialversicherungen. Wenn Bundesbeamte – deren Kernaufgabe eben Aufsicht und nicht Durchführung ist – IT-Standards definieren, treten sie in eine Produktionsverantwortung. Das widerspricht aber der Aufsichtsaufgabe. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die IT das Kerngeschäft der Durchführung ist, die ja durch Verwaltungskostenbeiträge der Arbeitgeber finanziert wird und nicht etwa durch den AHV-Fonds oder gar den Bund. Aus Risikoüberlegungen, aus dem Grundsatz der Trennung von Aufsicht und Durchführung sowie aus finanziellen Überlegungen für die Wirtschaft braucht es für das gute Funktionieren der 1. Säule keine Bundeskompetenzen im IT-Bereich. Wir lehnen deshalb die Regelungen zu Informationssystemen und Mindeststandards entschieden ab.

Elektronischer Datenaustausch (Art. 49^{ter} AHVG-E)

Die angestrebte neue Bundeskompetenz muss sich auf den Datenaustausch zwischen den Durchführungsstellen beschränken.

Aufgaben der Aufsichtsbehörde (Art. 72a AHVG-E)

Die SVP bezweifelt, dass die Einrichtung eines Risiko- und Qualitätsmanagementsystems, eines internen Kontrollsystems, eines zusätzlichen Berichts mit Kennzahlen und die durch das BSV zu erfolgende individuelle Festlegung von Zielen für jede Durchführungsstelle zielführend sind. Dass das BSV nicht nur bei der Definition dieser Vorgaben mehr Kompetenzen eingeräumt bekommt, sondern gleichzeitig seine Aufsichtstätigkeit auf das ganze Gebiet der Erwerbsersatzordnung ausgedehnt werden soll, ist ebenso zurückzuweisen, wie die geplante Ausrichtung des BSV zu einer Aufsichtsbehörde, die eine «proaktive Aufsicht» ausübt. Die heute vorhandenen finanziellen und statistischen Angaben reichen aus für die Systemsteuerung. Alles, was darüber hinausgeht, würde zu einer unbotmässigen Bürokratisierung der AHV führen.

Ein Unikum ist zudem, dass offenbar gar kein Rechtsschutzverfahren im Verhältnis zwischen Durchführung und Aufsicht besteht. Hier braucht es zeitgemässe Mechanismen. Instrumente, wie z.B. die Weisung im Einzelfall durch das BSV, gehören abgeschafft und kommen einem Leerlauf der Trennung von Durchführung und Aufsicht gleich.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Albert Rösti
Nationalrat

Der Generalsekretär



Gabriel Lüchinger